



Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.854.131

Wien, am 29. Dezember 2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Dagmar Belakowitsch hat am 2. November 2022 unter der Nr. **12879/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Antifa-Angriff auf Polizeistation in Wien-Margareten – Folgeanfrage zu 10693/AB“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1:

- *Wie hoch war der Sachschaden an der Glasfassade der Polizeiinspektion Viktor-Christ-Gasse, 1050 Wien, der durch den linksextremistischen Anschlag am 27. April 2022 verursacht worden ist?*

Der Sachschaden betrug EUR 248,00.

Zur Frage 2:

- *Wie hoch war der Sachschaden am eingesetzten Polizei-Streifenkraftwagen, der durch den linksextremen Anschlag bzw. die Gewaltanwendung mit Tritten und pyrotechnischen Gegenständen am 27. April 2022 vor der Polizeiinspektion Viktor-Christ-Gasse, 1050 Wien verursacht worden ist?*

Einleitend darf darauf hingewiesen werden, dass sich der Vorfall mit dem Dienstkraftfahrzeug nicht, wie in den Fragen 2 und 5 angeführt, „vor der Polizeiinspektion Viktor-Christ-Gasse, 1050 Wien“, sondern im Bereich Margaretenstraße 150, Kreuzung Am Hundsturm, ereignet hat.

Der Schaden am Dienstkraftfahrzeug (Abriebspuren, welche entfernt werden konnten) betrug EUR 50,00.

Zu den Fragen 3 bis 5:

- *Wie viele Personen waren am „versuchten Widerstand gegen die Staatsgewalt“ beteiligt und welcher der ausgeforschten linksextremistischen Gruppierungen „Plattform Radikale Linke“, „Antifa Wien West“ und „Autonome Antifa Wien“ gehörten bzw. gehören diese an?*
- *Konnte(n) zwischenzeitlich der oder die Täter des linksextremistischen Anschlags an der Glasfassade der Polizeiinspektion Viktor-Christ-Gasse, 1050 Wien ausgeforscht werden?*
 - a. *Wenn ja, um wie viele Personen handelt es sich und welcher der ausgeforschten linksextremistischen Gruppierungen „Plattform Radikale Linke“, „Antifa Wien West“ und „Autonome Antifa Wien“ gehörten bzw. gehören diese an?*
- *Konnte(n) zwischenzeitlich der oder die Täter des linksextremistischen Anschlags am eingesetzten Polizei-Streifenkraftwagen in der Polizeiinspektion Viktor-Christ-Gasse, 1050 Wien ausgeforscht werden?*
 - a. *Wenn ja, um wie viele Personen handelt es sich und welcher der ausgeforschten linksextremistischen Gruppierungen „Plattform Radikale Linke“, „Antifa Wien West“ und „Autonome Antifa Wien“ gehörten bzw. gehören diese an?*

Es wurden mehrere unbekannte Täter zur Anzeige gebracht, die bis dato nicht ausgeforscht werden konnten. Die Anzahl der beteiligten Täter war aufgrund der Dynamik der Situation nicht feststellbar.

Zur Frage 6:

- *Wie viele Personen, die Mitglieder der linksextremistischen Gruppierungen „Plattform Radikale Linke“, „Antifa Wien West“, „Autonome Antifa Wien“ sind bzw. zum Umfeld dieser Gruppierungen zählen, konnten im Zusammenhang mit Straftaten seit dem Jahr 2019 ausgeforscht werden?*

Entsprechende Statistiken werden nicht geführt. Von einer anfragebezogenen, retrospektiven, manuellen Auswertung wird auf Grund des enormen Verwaltungsaufwandes und der damit einhergehenden Ressourcenbindung aus Gründen der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns Abstand genommen.

Zur Frage 7:

- *Welche Maßnahmen ergreifen Sie als Innenminister bzw. ergreift die Wiener Landespolizeidirektion, um zu verhindern, dass es neuerlich zu solchen linksextremistischen Gewalttaten und Anschlägen mit pyrotechnischen Gegenständen in 1050 Wien, aber auch in anderen Wiener Gemeindebezirken kommt?*

Die Landespolizeidirektion Wien wird künftig weiterhin die gebotene 3D-Philosophie einsetzen, um das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit zu gewährleisten.

Können bei einer nicht angezeigten Versammlung keine Verantwortlichen bzw. Ansprechpartner identifiziert werden und zeigt sich bei den Teilnehmern keine Dialogbereitschaft, wird aufgrund des aktuellen Lagebildes und der zu treffenden Gefährdungseinschätzung eine Abstimmung der sicherheitspolizeilichen Maßnahmen erfolgen, um etwaigen gefährlichen Angriffen vorzubeugen bzw. um bei etwaigen strafbaren Handlungen rasch und konsequent einzuschreiten.

Gerhard Karner

